

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Egon Lutz MdB fragt nach den Auswirkungen der „geistig-moralischen Wende“ auf die Regierungspolitik: USA lehren Unionschristen politische Kultur.

Seite 1

Hans Büchler MdB vermißt klare Perspektiven der Regierungskoalition in der Deutschlandpolitik: Wir brauchen mehr als Rhetorik.

Seite 3

Achim Großmann MdB fordert vom Bund eine zukunftsweisende Industriepolitik: Offensive für die Aachener Region.

Seite 5

Heinz Menzel MdB weist auf eine „merkwürdige“ Sicht-Verschiebung bei Regierung und Wirtschaft hin: Widersprüchliches aus der Koalition.

Seite 6

42. Jahrgang / 60

27. März 1987

USA lehren Unionschristen politische Kultur
„Unangenehmes“ unter den Teppich gekehrt

Von Egon Lutz MdB

Wer in diesen Tagen erlebt, welche Wirkung der Tower-Report auf das politische Leben der Vereinigten Staaten hat, kann eigentlich neidisch werden, denkt er so an die diversen Untersuchungs-Ausschüsse in unserer Republik, die cum grano salis letztlich ausgingen wie jenes Hornberger Schießen. Den Bayern ist noch bestens in (übler) Erinnerung, was so alles im Zusammenhang mit der „Mega-Petro“-Affäre gebacken war. Mit dem scheinheiligen Argument des Datenschutzes gelang es der CSU, Unliebsames unter dem Teppich zu halten, die Öffentlichkeit weitgehend auszuschließen. Bazarmentalität zeigte sich bei der Vergabe von Krediten in Millionenhöhe durch die Bayerische Landesbank. Der geneigte Bürger mag hier wählen zwischen Dummheit, Unvermögen, persönlichen Verflechtungen und Spekulationswirtschaft. Die Forderung nach personellen Konsequenzen - zur Debatte stand der Rücktritt des Präsidenten der Landesbank sowie der von Finanzminister Streibl - wurde durch die CSU ebensowenig erwogen wie eine Strafverfolgung des sinistren Protagonisten des Schmierstücks, Herrn Schleicher, der bei diversen Transaktionen zehn Millionen schwarz ergaunert hatte.

Ein anderes Stichwort: Parteispenden. Der Untersuchungsausschuß des Mainzer Landtags förderte rechtswidrige Parteifinanzierung unter der Mitwirkung von Regierungsmitgliedern zutage. Ein Ermittlungsverfahren schließlich ergab, daß Helmut Kohl vor dem Untersuchungsausschuß objektiv falsch ausgesagt hat. 33 Sitzungen mit über 100 Zeugen belegten Steuerhinterziehungen in Höhe von 227 Millionen DM, an denen Helmut Kohl aktiv beteiligt war.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mü. zuzügl. Mwst und Versand.

Konsequenter Umgang
mit dem Umweltschutz
Recycling-Papier



Verständlicherweise führte die renommierte International Herald Tribune im März 1986 deutsche Kommentatoren an, die meinten, ein weiteres Ermittlungsverfahren könne für den Bundeskanzler ernststen politischen Schaden bedeuten. Weit gefehlt, wie wir inzwischen wissen. Statt dessen kann sich der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht hinstellen und Schilys Strafanzeige gegen den Bundeskanzler mit Verunglimpfungsmethoden der Nazis vergleichen. - Politische Kultur? - Nicht mit den Unionschristen!

Da mutet das politische Selbstverständnis der Amerikaner geradezu vorbildlich an. Ronald Reagan sorgt, als er merkt, daß ihm die Iran-Contra-Finanzierungsaffäre aus dem Ruder gelaufen ist, selbst dafür, daß ein Untersuchungsausschuß eingesetzt wird. Der Vorsitzende, Ex-Senator John Tower ist ein Mann der Reagan'schen politischen Denkart, Republikaner, Falke, Konservativer. Dennoch verrichtet er seine Aufgabe als verantwortungsbewußter Ermittler. Er findet heraus, daß der Präsident die Waffenlieferungen an Iran seit 1983 gekannt und gebilligt hat, daß ihm die Entscheidungskompetenzen aus der Hand geglitten sind, daß er unfähige Berater gehabt hat, daß sich CIA und Nationaler Sicherheitsrat wie Stümper aufgeführt haben, daß unter der Losung „Rettet den Präsidenten“ bei Reagans Adlaten ein hektischer, unkoordinierter Aktionismus ausgebrochen ist, der schließlich zu dem heutigen Debakel geführt hat.

„Bedauerenswerte Figur“ ist noch die vorsichtigste Formulierung, die ein Journalist für die des Tower-Reports für das Image des Präsidenten fand. Amerikanische Beobachter sprechen selbstkritisch davon, daß die Kette der Präsidenten ohne Fortune noch nicht abgerissen sei - von Johnson über Nixon, Carter bis vorerst Reagan.

Wie hingegen reagieren Unions- und liberale Politiker auf die Häufung von Skandalen von Flick bis U-Boot-Export an Südafrika? Gerade eben mühsam vom Haken, denkt ein Graf Lambsdorff laut darüber nach, wie gut ihm neuerlich Ministerwürden stünden. Der schleswig-holsteinische Finanzminister, nachweislich über die HDW- und IKL-Machenschaften unterrichtet, erhält von seinem eigenen Ministerpräsidenten den Persilschein.

Das wird in Washington mit mehr politischem Anstand und ausgeprägterem Verantwortungsgefühl erledigt. John Poindexter: zurückgetreten; Mac Farlane: aus dem Amt geschieden; Oliver North: entlassen; Don Regan: zur Kündigung gezwungen; der designierte CIA-Chef: zurückgepfiffen wegen befleckter Weste.

Ohne Atlantiker zu sein: Hier können wir von den Vereinigten Staaten lernen.

(-/27.3.1987/st/ks)

* * *



Wir brauchen mehr als Rhetorik

Leipziger „Aufbruchsstimmung“ und Kohls Regierungserklärung - kein Konzept für die neue Phase der deutsch-deutschen Beziehungen

Von Hans Büchler MdB

Deutsch-deutsche Gespräche über die Förderung der Abrüstung; verbesserte Verkehrsverbindungen nach, besser: durch Berlin (West); wirksame Kooperationsformen im Umweltschutz; Zusammenarbeit in Fragen der Landwirtschaft bis hin zum Austausch von Praktikanten; der Berlin-Status als akzeptierter Ausgangspunkt für fruchtbares Zusammenwirken statt als Bremse jeglicher für die Stadt sinnvoller Aktivität; es fehlt nur noch das Ende des Dauerkraches in der Union über Rechtspositionen, dann könnte von einer lückenlosen Übernahme sozialdemokratischer Forderungen in die Deutschlandpolitik der Bundesregierung gesprochen werden. Die Grundlagen für diese neue Phase der Ostpolitik sind geschaffen worden durch den bald 15 Jahre alten, von Sozialdemokraten ausgehandelten Grundlagenvertrag, der seine Tragfähigkeit erneut beweist, aber auch durch die Praktikabilität der Berlin-Regelung der vier Mächte.

Die seit 1983 zunehmend glaubwürdig werdende Friedenspolitik Erich Honeckers, die sich zunächst im Konflikt mit der UdSSR, seit der atemberaubenden Wende Gorbatschow aber in voller Übereinstimmung mit ihr befindet, hat dazu beigetragen.

Die neue sowjetische Westpolitik, die der DDR und der Bundesrepublik neue Spielräume öffnen - nach der alten entspannungspolitischen Faustregel, Entspannungsbemühungen zwischen den Supermächten bedeuten Verbesserungen für die Menschen in Deutschland, hat den aktuellen Anstoß gegeben. Die Bundesregierung kann gar nicht anders als die sich bietenden Chancen aufzugreifen.

Das Prinzip des Interessenausgleichs wird zwar von der Bundesregierung nicht in den Vordergrund gestellt, wirkt aber trotzdem. Die Bundesregierung kann ihre wirtschaftlichen Stabilitätsversprechen nicht halten. Handel und Kooperation mit der DDR könnte die eine oder andere schlimme Folge des Aufschwungs verzögern. Die DDR kann auch nicht von einer problemlosen Exportpolitik für ihre Volkswirtschaft sprechen und braucht zudem aus innenpolitischen wie aus internationalen Gründen vorzeigbare Erfolge im Kampf gegen die katastrophale Umweltverschmutzung. Umweltschutz in der DDR kommt auch den Bundesbürgern zugute.

Der Zynismus der Machtpolitiker der Union, die heute ihre Worte von gestern nicht mehr interessieren, wirkt sich in diesem Fall vielleicht positiv aus. Noch im Wahlkampf gingen Kohl und besonders die CSU auf Distanz zur DDR, weil sie sich davon zusätzliche Wählerstimmen versprochen. Das hat nicht funktioniert. Die Drohung des Stahlhelms und der Vertriebenen mit Stimmenverlusten für den Fall einer ost- und deutschlandpolitischen Offenheit und pragmatischen Position ist nachweisbar eine leere Drohung gewesen. Ohne viele Erklärungen wird deshalb eine tagespolitische Kehrtwende gemacht.

Die Normalisierung, die Sozialdemokraten in schwierigen Zeiten angebahnt und immer gewollt haben, die schon im Grundlagenvertrag vorgezeichnet war, entwickelt sich weiter. Das Gespräch Oskar Lafontaines mit Honecker am 12. März macht dies deutlich.

Daß wir in den letzten vier Jahren Kontakte gepflegt, den Schaden der unionsinternen Debatten und der unmotivierten Vertriebenenförderung begrenzt, die Dialoge mit der DDR, mit Polen, Ungarn, der CSSR und nicht zuletzt mit der UdSSR fortgesetzt und dort für friedenspolitische Mobili-

tät, für umweltpolitische Ernsthaftigkeit und für eine sachliche Diskussion auch von Menschenrechtsfragen geworben haben, daß wir die zweite Phase der Entspannung konzipierten als eine Zusammenführung der Ziele militärischer Sicherheitspartnerschaft, ökonomischer, ökologischer, kultureller und humanitärer Zusammenarbeit im Sinne aller Körbe der KSZE-Schlußakte und aufgezeigt haben, daß Abrüstungspolitik nicht zuletzt eine unverzichtbare Voraussetzung für die weitere Dynamik der Zusammenarbeit ist, kann sich jetzt auszahlen.

Allerdings verbergen die publizistischen Fanfaren die Vielzahl auch objektiver Probleme, die auf dem Weg zur Realisierung mancher Vorschläge ausgeräumt werden müssen. Noch sind lediglich Zeichen gesetzt und Ankündigungen gemacht. Die Regierungserklärung Kohls läßt alle Fragen nach Finanzierung, Gestaltung der langfristigen Zusammenarbeit und dem Zustandekommen von Drittländerkooperation offen.

Die Leipziger Aufbruchstimmung hat verdeckt, daß zwei der Geraer-Forderungen, nämlich die Abschaffung der Erfassungsstelle Salzgitter und die Feststellung der Elbe-Grenze auf Strommitte, von Honecker wieder auf den Tisch gelegt wurden. Er bezog sich dabei offensichtlich auf den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Vogel, der sich zu diesen Forderungen bei seiner Ost-Berlin-Visite im Februar offener gezeigt hatte, als in der Union bislang üblich.

Was werden Dregger, Zimmermann, Hennig und Konsorten dazu sagen? Wohlweislich nannte Helmut Kohl vor dem Bundestag lediglich die Staatsbürgerschaftsfrage und klammerte die übrigen Punkte aus.

Die Bundesregierung wird sich messen lassen müssen an ihrer eigenen Menschenrechts-Rhetorik, am Abbau der Einreiseverweigerungen für ehemalige DDR-Bürger, die auch während der Leipziger Messe praktiziert wurden, am Abschluß des Weser-Werra-Abkommens und dessen Umsetzung, an der Linderung der Elbeverschmutzung und der Luftverschmutzung in grenznahen Gebieten der Bundesrepublik. Der Ankündigung, Berlin müsse verkehrstechnisch besser an die Bundesrepublik angebunden werden, fehlt die Glaubwürdigkeit, nachdem im letzten Jahr entsprechende SPD-Initiativen von der Bundesregierung verschleppt worden wären. Honeckers Gesprächsangebot über die Einbeziehung Hamburgs und Hannovers in die Regelung des sogenannten „Kleinen Grenzverkehrs“ ist noch immer nicht aufgegriffen worden. Ein Konzept für eine realistische Deutschlandpolitik und für die Verwirklichung der vielen Ankündigungen der letzten Tage steht also immer noch aus.

Um der Sache willen sind Sozialdemokraten kooperationsbereit. Es ist jedoch zu befürchten, daß diese Bundesregierung nach wie vor lediglich auf neue Zeichen reagiert. Das Neue einer Situation ist dann lediglich, daß die Zeichen, die von der DDR und der Sowjetunion gesetzt werden, mehr versprechen als bisher.

(-/27.3.1987/st/ks)

* * *



Offensive für die Aachener Region

Dringender Handlungsbedarf bei Bundesregierung

Von Achim Großmann MdB
Unterbezirks-Vorsitzender Kreis Aachen

Wenn von Krise bei Kohle und Stahl die Rede ist, wird meist vom Ruhrgebiet und von der Saar gesprochen. Das Aachener Revier wird oft nicht erwähnt, obwohl die dortige Entwicklung vergleichbar dramatische Formen anzunehmen droht.

Das sind die Fakten:

- Am Stahlstandort Eschweiler wurde in der Vergangenheit die Zahl der Beschäftigten bei der Maxhütte drastisch verringert. Drohende Konkurse und monatelange Kurzarbeit betreffen hunderte von Arbeitnehmern in der Eisen- und Stahlindustrie.
- Beim Steinkohlebergbau - früher in allen vier Städten des Aachener Nordkreises vertreten - sind die Lagerstätten bis Mitte der 90er Jahre erschöpft. Dort entfallen 8.500 Arbeitsplätze direkt und etwa die gleiche Zahl der Zuliefer und Spezialfirmen. Rechnet man die Zahlen zusammen, so fallen in den nächsten Jahren zwischen 15.000 und 20.000 Arbeitsplätze fort. Die Arbeitslosigkeit, derzeit bei 12 Prozent, steigt dann auf 25 bis 30 Prozent. Das Aachener Revier braucht deshalb dringend Hilfe in Form einer neuen wirtschaftspolitischen Offensive.

Die Forderung muß lauten:

- Aufnahme in die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“; innerhalb der GA muß ein „Regionales Aktionsprogramm Aachen/Jülich“ geschaffen werden, wie es auch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen fordert.
- Ergänzend dazu müssen die besonders betroffenen Orte mit einem Sonderprogramm „Montan- Standortprogramm Aachen“ zusätzlich gefördert werden. Dieses Programm muß qualitativ neue Gesichtspunkte enthalten, etwa die Förderung von Infrastrukturmaßnahmen, Technologietransfer, Qualifizierung von Arbeitnehmern, Innovationsförderung, Stadterneuerung und Altlastenbeseitigung.
- Im Rahmen der Förderung aus dem europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) muß eine qualifizierte finanzielle Ausstattung des „grenzüberschreitenden Aktionsprogramms“ für die Euregio Maas-Rhein ermöglicht werden.

Die Offensive für die Aachener Region muß getragen werden von den politischen Parteien, der Wirtschaft, den Kammern, den Gewerkschaften und vielen anderen politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen. Die Chancen für die Aachener Region sind gut. Die zentrale Lage im immer enger zusammenrückenden europäischen Markt, die unmittelbare Nähe zu hochqualifizierten Forschungseinrichtungen (RWTH Aachen und KFA Jülich), ein gut qualifiziertes Arbeitnehmerpotential mit dem Willen zu weiterer Qualifikation und nicht zuletzt der Freizeitwert dieser Region mit der Nähe zur Eifel, Hohem Venn und den traditionsreichen Städten Lüttich, Maastricht und Aachen im Dreiländereck, all dies spricht für die Aachener Region.

Dringender Handlungsbedarf besteht jetzt bei der Bundesregierung. Statt Untergangsparolen zu Kohle und Stahl zu verbreiten, ist eine zukunftsweisende fortschrittliche Industriepolitik gefragt. Dazu zählt die Offensive für die Aachener Region. (-/27.3.1987/st/ks)

* * *

Widersprüchliches aus der Koalition

Weder Hurra-Patriotismus noch unsachliche Informationspolitik sind jetzt gefragt

Von Heinz Menzel MdB

Sie wissen alles und sie wissen alles besser, denn sie gehören ja zur crème de la crème der Wirtschaft. Sie verkünden ihre Weisheiten, ganz gleich wo sich Gelegenheit bietet. Noch vor wenigen Wochen verkündeten sie mit strahlendem Blick, daß es mit der Wirtschaft aufwärts gehe, und sich das Wählervolk keine Gedanken machen brauche. Um diese Weisheit auch an die letzte Frau und an den letzten Mann zu bringen, griffen sie noch tief in die Verbandskassen, um ihre Weisheit über die Litfaßsäulen und in den Tageszeitungen bekannt zu geben. Voraussetzten sie natürlich - das konnte man klar erkennen -, daß die Wähler ihre Partei, das heißt die CDU und FDP wählen.

Ganz schnell mußten sie nun aber die Kurve kriegen, denn nun stehen sie in Tarifverhandlungen und die gleichen Weisen, die noch vor wenigen Wochen den Aufschwung propagierten, blicken nun mit sorgenumwölbter Stirn in die Fernsehkamera, um dem Volke zu verkünden, daß jedes Zehntel Lohnerhöhung und jede Minute Arbeitszeitverkürzung dieses Land und diese Wirtschaft in den Ruin bringt.

Etwas paßt allerdings schlecht in dieses Bild, die Tatsache nämlich, daß bei einem Konzern ein Loch in der Kasse war, aus dem circa 1/2 Milliarde versiegte, ohne daß es diejenigen, die sonst alles wissen, merkten und darauf aufmerksam gemacht werden mußten.

Sie haben es schon schwer, die großen Wirtschaftskapitäne, dem Wählervolk dies alles zu erklären und dabei nicht ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren. Es ist gut zu wissen, daß man auch hier nicht verallgemeinern darf, und es Frauen und Männer gibt, die weder Hurra-Patriotismus noch unsachliche Informationspolitik betreiben, sondern mithelfen, mit Gewerkschaften und Politik diese Wirtschaft auf den richtigen Kurs zu bringen.

(-/27.3.1987/st/ks)

* * *